



Die Hotspots an den EU-Außengrenzen – ein europäischer Skandal

Seit 2015 gibt es auf den griechischen Inseln der Ost-Ägäis Registrierungs- und Aufnahmezentren, sogenannte „Hotspots“. Dort werden Geflüchtete untergebracht, die die Inseln auf dem Seeweg erreichen. Insgesamt gibt es fünf Hotspots auf den griechischen Ägäis-Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos und vier weitere in Italien. Das größte davon war, bis es durch Brände zerstört wurde, Moria auf der Insel Lesbos. Nur 9 km trennen die Nordküste der Insel Lesbos von der türkischen Küste. 2015 kamen auf Lesbos über 600.000 Menschen an. Die Einführung des Hotspot-Systems und das EU-Türkei-Abkommen haben das Leben auf der Insel verändert und Moria zu einem Brennpunkt der europäischen Migrations- und Asylpolitik werden lassen.

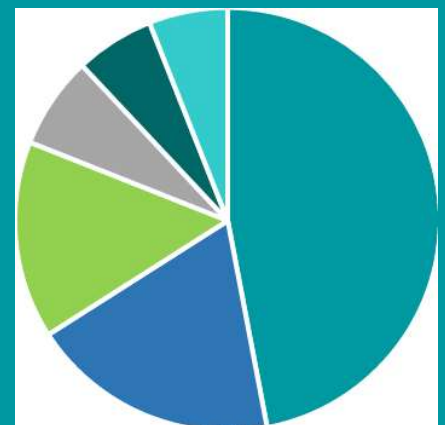
Die „Hotspots“ an den EU-Außengrenzen und das EU-Abkommen mit der Türkei

Das 2015 eingeführte „Hotspot“-System regelt, dass alle Menschen, die an den Außengrenzen ankommen, in den Hotspots bleiben müssen, bis sie registriert sind. Von dort sollen sie dann auf andere Staaten „umverteilt“ werden. Für die griechischen Hotspots gilt: Geflüchtete, die in den Hotspots registriert wurden, müssen zunächst auf den Inseln bleiben. Sie haben hier zwei Optionen: Entweder werden sie im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens zurück in die Türkei überstellt, wo sie einen Asylantrag stellen können. Oder sie stellen einen Asylantrag in Griechenland. In diesem Fall dürfen sie die Insel nicht verlassen, bis der Antrag bearbeitet wurde. Das bedeutet, dass die Menschen für die Dauer der Bearbeitung ihres Asylantrags in den Aufnahmezentren/ Lagern bleiben müssen.

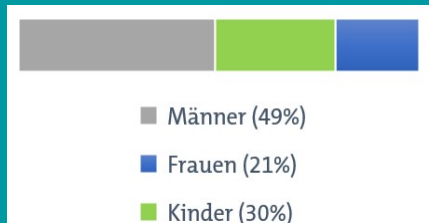
Am 18. März 2016 wurde das EU-Türkei-Abkommen geschlossen. Ziel des Abkommens ist die deutliche Reduzierung der Zuwanderungszahlen. Die türkische Regierung sichert der EU in dem Abkommen zu, ihre Grenzüberwachung auszubauen, um Migrant*innen an der Überfahrt bzw. Grenzüberquerung zu hindern und gegen Schlepper-Netzwerke vorzugehen. Das Abkommen sieht außerdem vor, dass Personen, die irregulär über die Türkei nach Griechenland eingereist sind und keine Aussicht auf Asyl haben, direkt wieder in die Türkei zurückgeführt werden. Außerdem soll für jede*n irregulär eingereiste*n Syrer*in, der/die in die Türkei zurückgeschickt wird, ein*e andere*r Syrer*in legal in die EU einreisen dürfen („1:1-Mechanismus“). Im Gegenzug erhält die Türkei zunächst sechs Milliarden Euro.



Menschen in den Hotspots Herkunftsländer



- Afghanistan (47%)
- Syrien (19%)
- Andere (15%)
- Demokratische Republik Kongo (7%)
- Palästina (6%)
- Somalia (6%)



Kritik

Seit seiner Einführung stand das Hotspot-System in der Kritik. Vor allem die Lage in den Hotspots auf den griechischen Inseln gilt als extrem kritisch: Aufgrund der Überfüllung der Einrichtungen hat es in den vergangenen Jahren wiederholt Menschenrechtsverletzungen und Gewalt-Eskalationen gegeben. Geflüchtete werden im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens einem vorgeschalteten Zulässigkeitsverfahren unterworfen, in dem geklärt wird, ob ihr Asylantrag zugelassen wird. Falls nicht, kann die Zurückweisung in den Drittstaat erfolgen. Mit dieser Konstruktion wird Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) in Frage gestellt, der das Verbot formuliert, Flüchtlinge in Gebiete zurückzuweisen, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht ist. Berichte, wonach Syrer*innen aus der Türkei nach Idlib, also in ein syrisches Kriegsgebiet, abgeschoben werden, deuten auf Verstöße gegen internationales Recht hin. Nicht aus Zufall wurden die Hotspots auf Inseln errichtet: So wird sichergestellt, dass sich die Menschen dem Verfahren nicht entziehen können. Die überfüllten Hotspots auf den griechischen Inseln gleichen daher eher Freiluftgefängnissen als Aufnahmezentren.

Das Leben im Hotspot

So unterschiedlich die konkreten Situationen in den Hotspots sind, so haben sie dennoch eines gemeinsam: Durch die schlechte Infrastruktur und die dauerhafte Überbelegung sind die Lebensumstände für die Menschen dort unerträglich und unterschreiten täglich die EU-Mindeststandards.

Das Camp Moria war auf 3.000 Menschen ausgerichtet und zuletzt noch mit 13.000 belegt. In dem für 650 Menschen geplanten Hotspot auf Samos leben aktuell 5.500 Geflüchtete. Die hygienischen Zustände sind unhaltbar und in Zeiten der Coronapandemie auch gefährlich: Meist gibt es für ca. 200 Personen eine Toilette, an Infektionsschutz ist bei einer Wasserstelle für ca. 1000 Menschen nicht zu denken. Medizinische Versorgung für Kranke ist praktisch nicht vorhanden und wird teilweise sogar bewusst verweigert. Zum Schutz vor der Ausbreitung des Coronavirus wurde das Lager Moria abgeriegelt, um die anderen Inselbewohner*innen zu schützen, die geflüchteten Menschen im Lager hingegen wurden sich selbst überlassen. Die Rate an Depressionen und Suizidversuchen ist erschreckend hoch – vor allem unter Kindern.

Ähnlich schlecht ist es um die Sicherheitslage bestellt. Durch ständige Unterversorgung und Missachtung kommt es in den Hotspots immer wieder zu Unfällen, Übergriffen, gewaltsamen Auseinandersetzungen und – wie zuletzt in Moria – zu Bränden. Die Menschen, die im Camp Moria lebten, nennen es nur „die Hölle“.

Gleichzeitig versuchen zahlreiche Hilfsorganisationen, außerhalb des Camps Angebote für die Geflüchteten zu machen und übernehmen dabei oft staatliche Aufgaben wie Rechtsberatung, medizinische Versorgung, Ausbildung usw. Je länger Geflüchtete gezwungen sind, im Lager zu warten, desto mehr wächst auch die selbstorganisierte Infrastruktur. So errichten die Menschen in den Lagern Moscheen, aber auch Kirchen und andere Gebetsstätten. Projekte wie die „School of Hope“ bieten Schulunterricht und Bildungsangebote und im Frühjahr 2020 nähten die Bewohner*innen Stoffmasken zum Schutz vor dem Corona-Virus.

Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“

Sie können uns helfen, mehr Menschen aus den „Hotspots“ von den Ägäis-Inseln in Deutschland aufzunehmen. Einige Kommunen wollen das längst, aber die Bundesregierung blockiert. Das wollen wir ändern. Auf www.kein-weihnachten-in-moria.de steht, wie Sie Mitmachen können.

„In all meinen Jahren medizinischer Praxis habe ich niemals eine so überwältigende Zahl von Menschen gesehen, die unter schwerwiegenden psychischen Erkrankungen leiden, als ich es unter Flüchtlingen auf der Insel Lesbos sehe. Die große Mehrheit von Menschen, die ich sehe, zeigt psychotische Symptome, Suizidgedanken – sogar versuchten Suizid – und ist verwirrt. Viele sind nicht in der Lage, grundlegende alltägliche Funktionen auszuführen, wie zu schlafen, vernünftig zu essen, die Körperhygiene aufrecht zu erhalten und zu kommunizieren.“

(Dr. Alessandro Barberio, MSF, September 2018; Quelle: Ärzte ohne Grenzen)



© Tim Lüddemann

**Weitere
Informationen zum
Hotspot Moria**



Kontakt

pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Feldstraße 4, 13355 Berlin
030-20076780
sekretariat@paxchristi.de
www.paxchristi.de

Die internationale katholische Friedensbewegung arbeitet ökumenisch, verbindet Gebet und Aktion und tritt in über 60 Ländern für Frieden und Gerechtigkeit ein. Aktive Gewaltfreiheit ist der Kern unseres politischen Handelns für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen.

Autor*innen: Stefanie Wahl (pax christi Bundesvorsitzende) in Zusammenarbeit mit Jana Freudenberger (Friedensarbeiterin, pax christi Rhein-Main)
Erscheinungsdatum: Oktober 2020